

Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Bayern

Kurt Hübner / Michael Wendl / Ernst Wolowicz:



Wi(e)der D vereinigung

Ökonomische und soziale Folgen
der Deutschland-Euphorie

Inhalt:

Dr. Ernst Wolowicz:	
Thesen zur Deutschlandpolitik.....	3
Nachtrag.....	15
Michael Wendl:	
Ökonomische Perspektiven der deutschen Einheit.....	22
Kurt Hübner:	
Wenn die D-Mark den Osten überrollt.....	30

Impressum:

Herausgeber:	Jungsozialisten in der SPD Landesverband Bayern
Verantwortlich:	Ignaz Wasserle Oberanger 38/II 8000 München 2 Telefon: 089 / 23 17 11 23
Gestaltung:	DTP-Computersatz und -layout dvk-Verlag, 8000 München 5
Druck:	Druckerei Schleicher, 8000 München 90
Auflage:	3000 Exemplare / Februar 1990

Dr. Ernst Wolowicz:

Thesen zur Deutschlandpolitik

(Stand: 28.1.90)

1.

Trotz aller politischen Reformen in der DDR hält der Strom von Umsiedlern in die Bundesrepublik an. Allein im Januar 1990 waren es 50.000. Hier handelt es sich nunmehr tatsächlich um "Wirtschaftsflüchtlinge". Sie kommen hierher, weil sie sich hier einen höheren Lebensstandard versprechen und – übrigens zurecht – skeptisch sind, ob sich die wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR schnell verbessern wird.

Kaum auszudenken, was in diesem Lande passieren würde, wenn in einem Monat 50.000 Tamlen oder Libanesen in die Bundesrepublik fliehen würden. Aber hier handelt es sich ja um "deutsche Brüder und Schwestern", die durch ihre Übersiedlung tagtäglich die Attraktivität der "freien Marktwirtschaft" und den Bankrott des "Sozialismus" beweisen.

Schätzungen gehen davon aus, daß 3 Mio. DDR-Bürger zur Übersiedlung bereit sind. Die katastrophalen Folgen für die DDR sind offensichtlich: Durch den Verlust qualifizierter Arbeitskräfte droht die Gefahr, daß die Infrastruktur, die Produktion und der Dienstleistungsbereich (z. B. Gesundheitswesen) in Teilen zusammenbricht.

Von der Bundesregierung hat die DDR vorerst keine ausreichende wirtschaftliche Hilfe zu erwarten. Die Strategie von CDU/CSU/FDP ist es, damit so lange zu zögern, bis durch den ökonomischen Kollaps der DDR der "Anschluß" der DDR an die Bundesrepublik zu politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen erfolgt, die dieser Bundesregierung genehm sind. Die Folgen dieser Zuwanderung in die Bundesrepublik sind unterschiedlich zu bewerten.

Aus Sicht der Unternehmer sind die Folgen positiv: Es handelt sich meist um jüngere, gut motivierte und "leistungswillige"

Arbeitskräfte, die sich schnell und mit viel Arbeit eine Existenz aufbauen wollen, und mit "gewerkschaftlicher Interessenvertretung" vorerst meist nichts am Hut haben.

Die objektiven Auswirkungen dieser Zuwanderungswelle sind Zunahmen der Konkurrenzverhältnisse auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Die angespannte Lage in diesem Bereich wird sich zuspitzen, vor allem in den Ballungsgebieten. Es ist absehbar, daß dem nationalistischen Taumel bald die Ernüchterung folgen wird, gerade bei den weniger verdienenden Bundesbürgern, die in den DDR-Übersiedlern bald lästige Konkurrenten um Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen sehen werden. Der in Meinungsumfragen festgestellte "BRD-Wohlstandschauvinismus", der in größeren Teilen der Wählerschaft existiert, empfindet es als ungerecht, daß diesen neuen BRD-Bürgern dieselben Sozialleistungen zustehen wie den "Einheimischen" und diese noch zusätzliche Eingliederungshilfen erhalten.

Man soll sich als Linker keiner Täuschung hingeben: Der Wahlerfolg von Oskar Lafontaine im Saarland und die Wahlniederlage der Republikaner in diesem Bundesland hängt auch damit zusammen, daß Oskar Lafontaine bestehende Aversionen gegen Zuwanderer aus der DDR geschickt ausgenutzt hat. Es ist absehbar, daß den DDR-Übersiedlern eine "Sündenbockrolle" zugedacht ist, nicht nur von den Reps, sondern auch von den Konservativen. Für alle sozialen und ökonomischen Probleme der Bundesrepublik, die die Wenderegierung erzeugt hat, gibt es nunmehr eine neue Erklärung der Ursache.

Ob es langfristig gelingt, die Unzufriedenheit über diese Zuwanderung "sozialdemokratisch" zu kanalisieren, ist zweifelhaft. Die Gefahr der Instrumentalisierung dieser Entwicklung durch die Reps ist weiterhin vorhanden. Solange die Bundesregierung nicht bereit ist, der DDR massiv und schnell wirtschaftlich zu helfen, ist ein Ende der Zuwanderungswelle nicht in Sicht.

2.

Die Auswirkungen der Entwicklung in der DDR auf die Mehrheit der "Meinungsmacher" und "ideologischen Klopffechter" (Marx) in der Bundesrepublik sind eindeutig: Angesichts des "Endsieges" über "den Sozialismus" und der bevorstehenden Wiederherstellung "Großdeutschlands" herrscht zunächst im ideologischen Bereich Hoch- und Jubelstimmung. Dieser Jubel reicht von "FAZ", "WELT", "Spiegel", "FR" bis zur "taz".

Die Freude über die herannahende staatliche Einheit der deutschen Nation geht weit in die "alternative Szene" hinein. Joseph Huber zum Beispiel fordert von der Linken nunmehr "eine positive Haltung zum eigenen Volk". Spiegel-Herausgeber Augustin droht jede Woche in seiner Kolumne westlichen Regierungen, die Vorbehalte gegen die Wiedervereinigung anmelden, und fördert antisemitische Stimmungen (Kommentierung des Interviews mit Elie Wiesel und Darstellung von Gregor Gysi im "Spiegel" 2/90). Hochstimmungen des deutschen Nationalismus und Antisemitismus sind weiterhin siamesische Zwillinge.

Im ideologischen Bereich existiert eine breite "Volksgemeinschaft" von Fans der Wiedervereinigung. Wer Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung zu einem Großdeutschland anmeldet, das wirtschaftlich, politisch und wahrscheinlich auch bald militärisch die Hegemonialmacht Nummer 1 in Europa wäre, schließt sich selbst aus dieser Volksgemeinschaft, die in dieser Frage keine Parteien mehr kennt, aus.

Hinweise, daß der deutsche Nationalstaat in diesem Jahrhundert bereits einmal hauptverantwortlich am Ersten Weltkrieg und bereits einmal alleinverantwortlich am Zweiten Weltkrieg war (mit der Folge von 70 Mio. Toten), wird damit begegnet, daß "Deutschland" ja daraus gelernt habe und nunmehr friedlich gegenüber seinen Nachbarn sein werde.

Wer die unerträgliche Arroganz der meisten bundesdeutschen Politiker und "Meinungsmacher" im Umgang mit den "armen"

Nachbarn im Osten (ob es sich nun um Ostdeutsche, Ungarn oder Polen handelt) und deren unerschütterliches Bewußtsein, ganz genau zu wissen, was für diese Staaten am besten sei, verfolgt, wird hier anderer Meinung sein. Die Drohgebärden von Augstein gegenüber den westlichen Alliierten sind symptomatisch dafür, daß der deutsche Imperialismus immer noch keinen "Spaß versteht", wenn es um seine "nationalen Interessen" geht.

Wer die breite Verankerung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Alltagsbewußtsein nicht nur vieler Bundesbürger sondern auch vieler DDR-Bürger zur Kenntnis nimmt und davon ausgeht, daß ein durch eine Wiedervereinigung zu einem großdeutschen Nationalstaat zunächst ideologisch aufgeputschtes Volk bestimmt nicht weniger fremdenfeindlich und weniger nationalistisch werden wird, wird in den nationalen Jubelchor über die deutsche Einheit nicht einstimmen.

Es gibt in dieser Situation wieder einmal Linke, die verlangen, die Linke solle sich endlich zur "deutschen Nation" bekennen und diesen Begriff "links" besetzen.

Diese Position, die beispielhaft von Peter Brandt vertreten wird, hat meiner Ansicht nach nichts aus der deutschen Geschichte gelernt.

Im Gegensatz zu Frankreich oder Italien ist die Konstituierung einer einheitlichen Nation und eines Nationalstaates in Deutschland nicht das Ergebnis einer "Revolution von unten" sondern das Ergebnis einer "Politik von oben" gewesen. Der "zu spät gekommene" deutsche Nationalstaat produzierte eine besonders aggressive Variante des Nationalismus, die in den Ersten Weltkrieg mündete. Der Versuch auch von SPD und KPD, durch eine Agitation gegen den "Versailler Vertrag" in der Weimarer Republik ihr Wählerpotential zu erweitern, ist gescheitert, da hier die Rechtsparteien allemal "glaubwürdiger" waren.

Auch wenn es zugegebenermaßen für eine populistische Politik

sehr hinderlich ist, muß die Linke daran festhalten, daß es für sie um universale Menschenrechte im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich geht, die sowohl "vor-staatlich" wie "vor-national" sind; d. h. politische Formen wie der Nationalstaat sind bestenfalls Mittel um gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Chancen für alle Menschen durchzusetzen, nicht aber ein Selbstzweck.

Kern linker Politik in der gegebenen Situation muß es sein, Wege aufzuzeigen, wie soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme in der Bundesrepublik, in der DDR, in Europa und teilweise weltweit angegangen werden können.

Die Bildung eines großdeutschen Nationalstaates löst diese real existierenden Probleme nicht. Durch die Veränderung der politischen Form (Vereinigung von zwei Staaten) ändert sich der politisch-ideologische Überbau, die materiellen Probleme bleiben. Ideen haben sich bisher immer noch blamiert, wenn sie keine materielle Basis haben.

Oskar Lafontaine, gewiß kein Marxist, hat dies erkannt. Er weiß, daß dem saarländischen Kumpel der nationale Taumel dann herzlich gleichgültig ist, wenn durch die Übersiedlerwelle die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zunimmt und er seine soziale Lage bedroht sieht. Von der nationalen Größe kann sich der Kumpel nichts kaufen.

Nationalistische Politik der Rechten hat nur dann eine Massenbasis, wenn es ihr gelingt, zu suggerieren, daß von der "nationalen Größe" auch handfeste materielle Vorteile für "die Deutschen" abfallen.

Grundthema der Linken muß also die "soziale" und die "ökologische" Frage bleiben; die "nationale" Frage ist nicht links "instandzubesetzen". Egal wie Nation und Nationalstaat "links" definiert wird, der Kern dieser Frage ist immer die Abgrenzung von anderen Nationen und die Definition der Nation impliziert objektiv immer die "Bewertung" der anderen Nationen, deren in

einem fremden Nationalstaat lebende Angehörige immer Bürger minderen Rechts sind.

Beim Bau des "gemeinsamen Hauses Europa" ist die Rekonstituierung eines großdeutschen Nationalstaates eher hinderlich. Nationalismus, der qua Definition immer eine Kategorisierung in Bürger von Nationalstaaten zur Folge hat, ist für eine linke Politik, der es um die Emanzipation aller Menschen geht, nicht zu instrumentalisieren.

Auch die großdeutsche Euphorie in der DDR ist kein rein ideologisches Produkt. Die Attraktivität der Wiedervereinigung in großen Teilen der Bevölkerung hat seine Grundlage in dem Glauben, daß allein durch den möglichst schnellen Anschluß an die Bundesrepublik, eine baldige Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lage zu erreichen sei.

3.

Bezeichnenderweise ist die Begeisterung über die Wiedervereinigungsabsichten vieler Deutscher bei unseren Nachbarn nicht so ausgeprägt. Das historische Gedächtnis funktioniert hier teilweise noch. Französische und britische Politiker wissen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht nur der wirtschaftliche Hegemon in Europa wäre, sondern bald auch die politische und militärische Vorherrschaft anstreben würde. Sowjetische Politiker wissen, welcher Nationalstaat 1941 die Sowjetunion überfallen hat und welche Opfer die Abwehr gekostet hat. Der Reiz für die Sowjetunion, es nochmals mit einem geeinten Deutschland zu versuchen, ist daher gering. Die Fans der Wiedervereinigung sind über die Haltung der "Siegermächte" empört. Es fehlt daher nicht an Mahnungen an diese, der deutschen Einheit nicht im Wege zu stehen.

Es stünde gerade Sozialdemokraten gut an, historische Erfahrungen der Nachbarn mit dem deutschen Nationalstaat sehr ernst zu nehmen und sich selbst den Kopf darüber zu zerbre-

chen, ob ein wiedervereinigtes Deutschland wirklich ein Hort der Selbstbescheidung und der altruistischen Hilfe für die Nachbarn wäre.

Ob es zu einer Wiedervereinigung wirklich kommt, entscheiden letztlich aufgrund des von Deutschland begonnenen Weltkrieges die "vier Siegermächte".

Eine davon, die Sowjetunion, ist zur Zeit mit internen Problemen (Wirtschaftskrise, Nationalitätenkonflikte) voll ausgelastet. Bisher zeigt sie aber dennoch keine Neigung, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges aufs Spiel zu setzen.

Durch den Hegemonieverlust der Sowjetunion in den Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation und der jahrzehntelangen "Fremdbestimmung" des Schicksals dieser Staaten ist dort eine Renaissance des Nationalismus entstanden. Daher ist dort das Verständnis für den deutschen Nationalismus, trotz der historischen Erfahrungen damit, zur Zeit groß (z. B. Äußerungen von Vaclav Havel). Die Bedenken von Peter Glotz, daß in Mittel- und Osteuropa ein neuer Nationalismus entstehe, sind richtig.

Ob das Verständnis für den Wunsch der Mehrheit der Deutschen nach Wiedervereinigung in diesen Staaten auch dann anhält, wenn diese Staaten die ökonomische und damit politische Macht der Bundesrepublik oder Deutschlands zu spüren bekommen, ist sehr zweifelhaft.

4.

Die Reaktion in der Bundesrepublik auf die Veränderungen in der DDR sind quer durch alle Parteien euphorisch.

Bis auf (noch?) die Grünen sind sich alle Parteien einig, daß die Hauptaufgabe der bundesdeutschen Politik nun in der Organisation der möglichst schnellen Wiedervereinigung bestehe.

Die Haltung von CDU/CSU ist dabei am klarsten: Alle Pro-

bleme in der DDR sind nur durch einen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik zu lösen und durch die Übertragung des "Modells Bundesrepublik" auf die DDR, also im wirtschaftlichen Bereich durch die Einführung der freien Marktwirtschaft in der DDR. Alle Probleme in der DDR seien durch die vollständige Übertragung aller Errungenschaften der Bundesrepublik zu lösen. Notwendig sei ein sofortiger Anschluß an die Bundesrepublik.

Der rechte Flügel der CDU und die CSU sind sich einig: Die deutsche Einheit hat Priorität vor der Westintegration der Bundesrepublik bzw. Gesamtdeutschland und vor der Europäischen Einigung.

Die CSU hat bereits eine Filiale in der DDR gegründet, die CSU hat damit den alten Traum von Franz Josef Strauß einer bundesweiten CSU, zwar noch nicht bundesweit, aber reichsweit realisiert.

Die CDU versucht, ein Bündnis aller bürgerlichen Parteien von Ost-CDU, DSU, DA bis Forumspartei zusammenzuzimmern. Die einwöchige Insubordination der Ost-CDU, ihre Weigerung aus der Regierung Modrow auszutreten, und die Reaktion der West-CDU darauf, zeigte anschaulich, wer bei diesem Verhältnis der Seniorpartner und wer der Juniorpartner ist.

Die FDP verfolgt eine ähnliche Politik wie die CDU/CSU. Lediglich in der Außenpolitik gegenüber den "vier Siegermächten" ist sie eher bereit, auf deren Bedenken gegen eine sofortige Wiedervereinigung Rücksicht zu nehmen.

Die SPD wurde von der Entwicklung in der DDR ebenso überrascht wie alle anderen. Sie zeigte sich am wandlungsfähigsten. War für sie noch vor einem halben Jahr die Wiedervereinigung kein Thema und pflegte sie (richtigerweise) Kontakte auch zur spätstalinistischen SED und ermöglichte durch ihr Konzept der Entspannungspolitik mit die revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, so läßt sie sich nunmehr in ihrer Mehr-

heit durch nichts und niemanden in ihrer Begeisterung für die möglichst schnelle Wiedervereinigung übertreffen und lehnt Kontakte zur teilgewandelten SED unter Gregor Gysi ab (Ehmke forderte von Kohl sogar die Ausladung Modrows).

Der 10-Punkte-Erklärung Kohls stimmte die SPD im Bundestag begeistert zu, obwohl darin die Frage der Ostgrenze eines zukünftigen Gesamtdeutschlands offengelassen worden war.

Auch SPD-Politiker wie Willy Brandt lassen es inzwischen nicht an Ermahnungen an die Politiker anderer Staaten fehlen, daß die deutsche Einheit nun einmal die Sache der Deutschen sei und nicht unter dem Hinweis auf die historischen Erfahrungen mit dem Deutschen Nationalstaat oder auf Probleme für den europäischen Einigungsprozeß "hintertrieben" werden dürfe.

Während Brandt den "nationalpopulistischen" Part spielt, spielt Lafontaine den "sozialpopulistischen" Part, indem er - wie dargestellt - Aversionen gegen Übersiedler aus der DDR und deren Sozialleistungsansprüchen ausnützt. Diese "Arbeitsteilung" funktioniert, wie die Saarlandwahl gezeigt hat, zur Zeit. Es stellt sich nur die Frage, wie lange.

Kommt es nicht zur baldigen Wiedervereinigung, weil die "Siegermächte" dagegen sind, kommt es zu Frustrationen bei den "national Gesinnten" unter den Wählern. Davon wird und kann die SPD nicht profitieren.

Hält der Übersiedlerstrom aus der DDR an, weil die wirtschaftliche Stabilisierung der DDR wegen mangelnder massiver Soforthilfe der BRD mißlingt, besteht die Gefahr, daß nicht die SPD von der damit verbundenen Zunahme sozialer Probleme in der Bundesrepublik profitiert, sondern die Reps.

Ähnlich wie die Vertreter von CDU/CSU/FDP wissen auch die Experten der SPD, von Wolfgang Roth bis Ingrid Matthäus-Meier ganz genau, was für die DDR am besten sei, nämlich Marktwirtschaft pur (natürlich "sozial und ökologisch" abgefe-

dert, was auch Konservative, die darin den Dritten Weg zwischen reiner Marktwirtschaft und Sozialismus sehen, fordern). Das Heil der DDR-Wirtschaft bestehe nur in der sofortigen Währungsunion mit der Bundesrepublik, nach dem Motto: "Die Deutsche Bundesbank weiß schließlich am besten, was DDR-Bürgern nützt". Roth und Matthäus-Meier übertrumpfen hier sogar noch Experten der Bundesbank und der Deutschen Bank, die wissen, daß eine sofortige Währungsunion auch Nachteile für die Bundesrepublik wie die DDR hätte.

Als "natürlicher Partner" in der DDR gibt es nun die SPD-Ost, vorher SDP, deren Gründung noch vor wenigen Wochen von der Führung der SPD-West ohne Begeisterung verfolgt wurde.

Ich maße mir nicht an, zu beurteilen, wie "sozialdemokratisch" diese SPD-Ost ist. Man kann von ihr noch kein ausgefeiltes Programm erwarten und es ist verständlich, daß nach den schlechten Erfahrungen mit der zentralistischen und bürokratischen Planwirtschaft die SPD-Ost große Loblieder auf die Selbstinitiative und den Wettbewerb in der Marktwirtschaft singt. Wenn aber die gewiß nicht linksradikale Münchner "Abendzeitung" am 29.01.90 das Programm der gerade formierten Thüringer SPD so kennzeichnet: es lese sich, "als hätten es Liberale à la Graf Lambsdorff formuliert", so sollte dies zu denken geben.

Die Grünen tun sich mit der nationalen Euphorie schwer. In ihrer Mehrheit wenden sie sich gegen eine Wiedervereinigung und unterstützen ökologische und linksalternative Gruppen in der DDR (Grüne-DDR, Demokratie Jetzt, Vereinigte Linke). Als Gegenkonzept schlagen sie eine Umwelt- und Abrüstungsgemeinschaft von DDR und BRD vor. Eine Minderheit innerhalb der Grünen versucht, die "nationale Frage" "links" zu interpretieren (siehe Punkt 2.).

Die Reps stehen den anderen Parteien nicht nach und wollen in der DDR eine Filiale gründen. Potential hierfür gibt es in der DDR, wie deutschnationale, ausländergefeindliche und antisemi-

tische Parolen und Vorfälle zeigen.

Wahlstrategisch sind die Reps in der Bundesrepublik in einer schwierigen Lage, da an nationaler Euphorie sich auch CDU, CSU, FDP und SPD nicht lumpen lassen und die aus den Übersiedlerzug sich ergebenden sozialen Probleme auch von SPD und CDU/CSU thematisiert werden. Noch besteht aber kein Grund zur Entwarnung. Das Klima des Nationalismus in der Bundesrepublik stärkt objektiv das Potential des Rechtsextremismus und von einem Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung könnten die Reps profitieren ("Verrat" der anderen Parteien und "Willkür" der "Siegermächte"), ebenso von einer Verschärfung der sozialen Probleme (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit) bei einem Zustandekommen der Wiedervereinigung.

5.

Starke Kräfte in der Opposition strebten in der DDR zunächst eine andere, bessere DDR an, auch als fortexistierende Alternative zur Bundesrepublik. Diese Kräfte sind nunmehr sowohl in der Opposition wie in der Bevölkerung in der Minderheit.

Die Umwälzung des politisch-administrativen Überbaus geht voran und wird nach den Wahlen zur Volkskammer am 18. März beschleunigt werden. Nach der errungenen Freiheit und dem Sieg über den bürokratischen Staatssozialismus der SED, scheint der "Mut der Freiheit" zu schwinden. Von der DSU über die ehemaligen "Blockparteien" bis zu den noch-Oppositionsparteien DA, Neues Forum und SPD besteht in Grundsatzfragen breiter Konsens: Die Wiedervereinigung sei zu begrüßen und müsse so schnell wie möglich erreicht werden. Nur so seien die Probleme der DDR zu lösen. Nur eine soziale und ökologische Marktwirtschaft könne die wirtschaftlichen Probleme lösen. Regulierungsmaßnahmen des Staates seien weitestgehend abzubauen. Ich habe den Eindruck, daß hier eine gewisse "Flucht vor der Verantwortung" festzustellen ist.

Die Perspektive des schnellen Anschlusses an die Bundesrepu-

blik, deren wirtschaftliche und soziale Probleme für die Bundesrepublik wie für die DDR nicht diskutiert werden, enthebt diese Parteien von der Aufgabe, konkrete kurz- und mittelfristige Programme für die Sanierung der DDR-Wirtschaft zu entwickeln, die realistischerweise mehr aus Opfern als aus Wohltaten bestehen müßten. Implizite Grundlage dieser Programmatik ist die Unterstellung, daß den Alliierten nichts anderes übrigbleibe, als die deutsche Einheit zu akzeptieren.

Gegen diesen Kurs leisten nur noch wenige Parteien Widerstand: die trotz all ihrer Erneuerungstendenzen weiterhin diskreditierte SED-PDS, die Vereinigte Linke und Teile von Demokratie Jetzt und Neues Forum. Es ist zu erwarten, daß die Fans der Wiedervereinigung bei den Volkskammerwahlen eine Mehrheit erhalten. Dann schlägt nicht nur für die Parteien in der DDR, die für die Wiedervereinigung sind, die Stunde der Wahrheit, sondern auch für deren jeweilige Partner in der Bundesrepublik.

Sollte die Wiedervereinigung am Veto der "Siegermächte" scheitern, drohen Explosionen des Nationalismus in der DDR, aber auch in der BRD. Sollte sie tatsächlich zustandekommen, werden Teile der Bevölkerung und der Parteien in West und Ost bald merken, daß die Veränderung der staatlich-politischen Form vielleicht ein ideologisches Hochgefühl erzeugen kann, daß aber damit die grundlegenden inhaltlichen Probleme der Politik in der DDR wie in der Bundesrepublik nicht gelöst sind (Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, Schutz der Umwelt, Emanzipation der Frau, weltweite Abrüstung, gerechte Weltwirtschaftsordnung, europäische Einigung).

Durch eine Veränderung der Staatsform oder durch eine Vereinigung von bisher selbständigen Staaten werden die Probleme der ökonomischen und ökologischen Basis nicht gelöst.

Für die Linke in der Bundesrepublik wie in der DDR stellt sich weiterhin die Aufgabe, Antworten auf diese genannten Probleme

zu finden, die ihre Ursachen nicht in der deutschen Zweistaatlichkeit haben.

Nachtrag

(Stand: 11.2.90)

In meinen am 28.01.1990 geschriebenen "Thesen zur Deutschlandpolitik" formulierte ich:

"Von der Bundesregierung hat die DDR vorerst keine ausreichende wirtschaftliche Hilfe zu erwarten. Die Strategie von CDU/CSU/FDP ist es, damit so lange zu zögern, bis durch den ökonomischen Kollaps der DDR der "Anschluß" der DDR an die Bundesrepublik zu politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen erfolgt, die dieser Bundesregierung genehm sind." Diese Strategie erweist sich nunmehr als erfolgreich.

Die DDR steht vor dem ökonomischen Zusammenbruch. Die Produktion geht zurück, das Zahlungsbilanzdefizit steigt, qualifizierte Arbeitskräfte wandern täglich zu Tausenden in die BRD ab, die Infrastruktur bricht teilweise zusammen und aus berechtigter Angst vor der drohenden Abwertung ihrer Ersparnisse flüchten die DDR-Bürger in die Sachwerte, was im Konsumgüterbereich bald zu Engpässen führen wird. Zehntausende sind bereits arbeitslos, Hunderttausenden droht dieses Schicksal.

Die Sowjetunion, die genügend interne politische und wirtschaftliche Probleme hat, und die die DDR weder politisch noch wirtschaftlich stabilisieren kann, hat ihren Widerstand gegen eine rasche Wiedervereinigung offensichtlich aufgegeben.

Der wirtschaftliche "Anschluß" der DDR an die Bundesrepublik steht mit der Herstellung einer Währungsunion unmittelbar bevor. Damit verliert die DDR bereits vor dem politischen Anschluß einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität. Die Vor-

gaben für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR werden dann in Bonn von der Bundesregierung und in Frankfurt von der Bundesbank gemacht werden.

Die Volkskammerwahlen am 18. März werden dadurch erheblich an Bedeutung verlieren. Egal welche Regierung der DDR dadurch zustandekommt, sie kann mit der Bundesregierung nur noch Kapitulations- und Übergabegespräche führen. Dieser Regierung wird die Rolle eines Juniorpartners zukommen, der eine Konkursmasse zu übergeben hat. Es wird keine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten zustandekommen, sondern politisch eine "BRD plus" und wirtschaftlich und sozial eine "BRD minus".

In der DDR und in der BRD wird politisch zunächst wahrscheinlich ein Gefühl der Hochstimmung über die staatliche Einheit herrschen. Bald wird sich jedoch herausstellen, daß mit der staatsrechtlichen Veränderung auch eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Problemen sowohl in der bisherigen DDR wie in der bisherigen BRD verbunden sind, über deren Ausmaß sich viele Politiker in der BRD nicht im klaren sind.

Erklärtes Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion ist es, in der bisherigen DDR so schnell wie möglich die Marktwirtschaft einzuführen und allein die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt darüber entscheiden zu lassen, welche Unternehmen und damit welche Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen.

Auch wenn dieser Kurs sozial "abgefedert" werden soll, wird er auf jeden Fall zu katastrophalen sozialen Konsequenzen in der DDR führen. Die Umstellung auf die Marktwirtschaft wird zu einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1 bis 3 Millionen führen (je nach dem Tempo der Umstellung). Wo Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte aus der DDR Zuflucht suchen werden, ist klar. Die Zuwanderung in die Bundesrepublik wird anhalten und damit hier die Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Bereich der Sozialversicherungen vergrößern.

Die Hoffnung, daß durch den Kapitalimport aus der BRD und anderen westlichen Staaten sich in der bisherigen DDR der Lebensstandard bald für größere Teile der Bevölkerung erhöhen wird, ist trügerisch. Für westliche Unternehmen ist die bisherige DDR als Kapitalanlagequelle nämlich nur unter einer einzigen Bedingung interessant: als Billiglohnland mit relativ qualifizierten Arbeitskräften.

Eine weitere Bedingung dieser Unternehmen für die Kapitalanlage in der DDR wird sicherlich sein, daß die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften bzw. der zu bildenden Betriebsräte und die Umweltschutzaufgaben des Staates geringer sein werden als in der BRD.

Eine Einführung der Marktwirtschaft wird zur Folge haben, daß der Markt weitgehend die Preise reguliert. Bisher verwendet der Staat der DDR jährlich 57 Mrd. DDR-Mark zur Subventionierung von Gütern des Grundbedarfs. Dies wird in einer freien Marktwirtschaft weitgehend abgebaut werden. Die Preise für viele Güter des Grundbedarfs (Lebensmittel, Wohnungen) werden rapide ansteigen.

Um diesen Prozeß abzufedern, werden neue Sozialleistungen eingeführt werden müssen (Wohngeld, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.). Die Finanzierung dieser zum Teil zusätzlichen Staatsausgaben wird nicht aus der Wertschöpfung der auch wegen der unvermeidlichen Umstellungsschwierigkeiten labilen Volkswirtschaft der bisherigen DDR erfolgen können.

Hier ist die Volkswirtschaft und der Staat der bisherigen BRD gefordert. Die meisten Politiker in der Bundesrepublik schwimmen im nationalen Taumel der Freude über die Wiedervereinigung mit oder schüren ihn, sie verschweigen aber ihren Wählern in der Bundesrepublik und ihren potentiellen Wählern in der DDR, daß die Vereinigung von BRD und DDR nicht nur nationalen Gewinn bringt, sondern auch soziale und finanzielle Kosten.

Die ArbeitnehmerInnen und SteuerzahlerInnen der bisherigen Bundesrepublik werden bald an ihrem Geldbeutel merken, daß die Wiedervereinigung nicht zum "Nulltarif" zu haben ist.

Die Wiedervereinigung wird die Zuwanderung aus der bisherigen DDR in die bisherige Bundesrepublik nicht stoppen, sondern eher fördern, sobald die zu hohen Erwartungen an die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR enttäuscht werden. Diese anhaltende Zuwanderungswelle wird die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit vor allen in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik (vor allem in den prosperierenden Regionen um Frankfurt, Stuttgart und München) erhöhen und den Sozialfonds belasten.

Wird der ideologische Anspruch, den "deutschen Brüdern und Schwestern" in der DDR denselben Lebensstandard zu ermöglichen wie den BRD-Bürgern, wirklich ernstgenommen und finanziell eingelöst, so bedeutet dies eine Reichtumsumverteilung von West nach Ost.

Zur Finanzierung der "sozialen Abfederung" der Umstellung auf die Marktwirtschaft in der DDR, der Verbesserung der materiellen, ökologischen und sozialen Infrastruktur und der Modernisierung der Produktionsmittel in der DDR sind - ohne Übertreibung - einige Hundertmilliarden DM notwendig. Diese Gelder werden fast nur aus der Reichtumsproduktion der bisherigen BRD genommen werden können. Im Klartext bedeutet dies, daß die Masse der ArbeitnehmerInnen und SteuerzahlerInnen der bisherigen BRD ein "Sonderopfer DDR" finanzieren werden müssen. Einziges Mittel hierfür wird eine Steuererhöhung sein, egal wie sie genannt werden wird.

Dazu kommt, daß bei einer anhaltenden Zuwanderungswelle die Probleme der Finanzierung der Sozialversicherungen zunehmen werden, die im Kapitalismus traditionell mit einem Leistungsabbau "gelöst" werden. Die Freude über die Wiedervereinigung wird bald in Ost und West einer Ernüchterung weichen.

Für CDU/CSU/FDP und ihre Blockparteien in der bisherigen DDR wird es politisch nunmehr darauf ankommen, gesamtdeutsche Wahlen zum Bundes- bzw. Reichstag so schnell wie nur irgendwie möglich zu erreichen. Denn nur dann können sie den nationalen Gewinn groß herausstellen, in der Hoffnung, daß die sozialen Kosten von der Mehrheit der WählerInnen noch nicht erkannt werden.

Für die Linke in der BRD wie in der DDR stellen sich nunmehr zwei Hauptaufgaben. Im ideologischen Bereich muß sie nationalistischer deutscher Überheblichkeit entgegenarbeiten und darauf hinweisen, daß die "nationale Einheit" nur ein staatsrechtliches und emotionales Problem löst, aber eine Reihe von neuen sozialen und wirtschaftlichen Problemen mit sich bringt.

So offensichtlich die Begeisterung der Mehrheit der Deutschen in der DDR und in der BRD über die bevorstehende staatliche Einheit ist, so offensichtlich ist auch ihre Unkenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen für die Bürger in der BRD wie in der DDR.

Für die Linke in der BRD und in der DDR, gleichgültig ob sie die staatliche Einheit gewollt hat oder nicht, geht es nunmehr darum, für einheitliche Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland zu kämpfen.

Die Strategie der Konservativen wird darin bestehen, Arbeitnehmerrechte in der bisherigen DDR abzubauen und mittelfristig Sozialleistungen in der bisherigen BRD unter Hinweis auf die notwendigen Opfer für die DDR einzuschränken. Die bevorstehende Tarif- und Arbeitszeitausgleichsetzung im Metallbereich der BRD wird dafür bereits ein Beispiel liefern. Unternehmer und CDU/CSU/FDP werden unter Hinweis auf die neue Lage die Sinnhaftigkeit von Arbeitszeitverkürzungen in der BRD in Frage stellen.

Früher oder später werden auch Lohn- und Sozialleistungserhöhungen in der bisherigen BRD von den Konservativen mit dem

Argument des notwendigen Opfers für die DDR abgelehnt werden. Dieselben Forderungen, in der bisherigen DDR erhoben, werden auf das Gegenargument stoßen, damit seien Investitionen von westlichen Kapitalgebern gefährdet.

Aus der Unzufriedenheit mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen, die die staatliche Einheit Deutschlands bringen wird, könnten ausgerechnet die profitieren, die die Wiedervereinigung am heißesten ersehnt haben, die Rechtsextremisten, wenn es der Linken nicht gelingt, zu thematisieren, daß mit der Lösung der "nationalen" Frage die "soziale" und "ökologische" Frage nicht gelöst ist, sondern sich nur in erweiterter Form stellt.

Linke in der bisherigen BRD wie in der bisherigen DDR dürfen sich keinen Illusionen hingeben. Die Wiedervereinigung wird in West- und Ostdeutschland zu sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen, mit denen eine kurzlebige sozialdemokratisch geführte DDR-Regierung nach dem 18.03. und auch eine sozialdemokratisch geführte Bundes- oder gesamtdeutsche Regierung nach dem 02.12.90 zu kämpfen haben würde.

Die SPD in der BRD und in der DDR hat nur dann langfristig eine Chance, wenn sie den WählerInnen reinen Wein über die Kosten der staatlichen Einheit einschenkt und ein realistisches wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Konzept entwickelt, langfristig die Lebensbedingungen in Ostdeutschland denen in Westdeutschland anzugleichen, ohne in der bisherigen DDR eine Dreidrittelgesellschaft (einem Drittel geht es nach der Wiedervereinigung besser als vorher, einem Drittel genauso und einem Drittel schlechter) zu schaffen und ohne in der bisherigen BRD den Trend zur Zweidrittelgesellschaft zu vergrößern.

Hierfür sind keine nationalen Phrasen gefordert, sondern kühle volkswirtschaftliche Konzepte und auch die Einsicht, daß der Kampf gegen den Versuch der Unternehmer und Konservativen, von der Arbeiterbewegung der BRD erkämpfte Errungenschaf-

ten unter Hinweis auf das "Sonderopfer DDR" abzubauen und diese in der bisherigen DDR erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. dort abzubauen (Recht auf Arbeit), sehr schwierig werden wird, zumal in der DDR die Gewerkschaftsbewegung in der Defensive ist und sich die SPD der DDR nach meiner Ansicht Illusionen über schnelle wirtschaftliche Vorteile einer Wiedervereinigung macht.